

Potenzial ist da, um Solarziel zu erreichen

Infras-Studie im Auftrag des Kantons zeigt die Möglichkeiten, empfiehlt aber weitergehende Massnahmen als vom Kanton derzeit geplant

Mathias Küng

Bis 2050 muss die jährliche Solarstromproduktion in der Schweiz auf eine Grössenordnung von 30 Milliarden Kilowattstunden (kWh) ansteigen. So fasst das Forschungs- und Beratungsunternehmen Infrac das Ziel in einer von den Kantonen Aargau und Zürich in Auftrag gegebenen Studie zusammen.

Infrac kommt zum Schluss, dass «die Potenziale deutlich höher liegen als der notwendige Zubau bis 2050». Schon auf Gebäudedächern könnte rund die doppelte Menge an Solarstrom produziert werden. Im Aargau ist das Dachpotenzial jährlich 4400 Gigawattstunden (GWh, vgl. Grafik), wobei im Winter wenig Solarstrom anfällt. Zur Veranschaulichung: 1 GWh sind 1 Million kWh. 1 Mio. kWh entsprechen dem mittleren Stromverbrauch von 200 Haushalten.

Produktion um Faktor 13 bis 17 tiefer als bis 2050 nötig

Die heutige Solarstromproduktion liegt um den Faktor 13 bis 17 tiefer als bis 2050 nötig. Soll die Wende gelingen, müssen die Installationsraten deshalb zeitnah stark ansteigen, so Infrac. Ohne zusätzliche, starke Anpassungen der Rahmenbedingungen sei ein solcher Schub in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Das sind die zentralen drei Infrac-Bausteine fürs Gelingen:

- Einführung einer Installationspflicht für gut geeignete Dachflächen von Neubauten.
- Einführung einer kantonalen Zusatzförderung für Dachanlagen von bestehenden Bauten.
- Infrac empfiehlt einen Zusatzbeitrag des Kantons zur nationalen Einmalvergütung, sofern die gesamte Dachfläche belegt wird.

– Anstossen einer Debatte zu In-



Es gibt im Aargau genug Dach- und Fassadenflächen, aber auch Autobahnböschungen etc., um das Solar-Ausbauziel zu erreichen. Bild: san

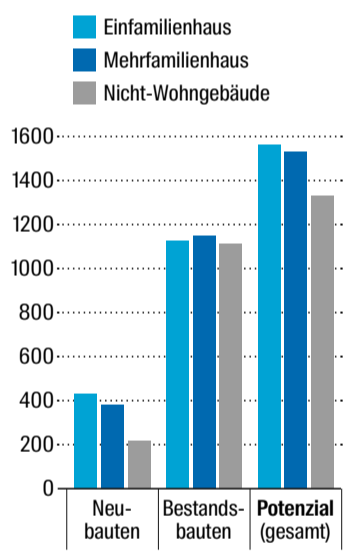
stallationspflichten für Dächer bestehender Bauten.

Kanton setzt auf eine Drei-Säulen-Strategie

Nach einem runden Tisch mit den Grossratsfraktionen setzt der Kanton auf eine Drei-Säulen-Strategie: Dazu gehört eine schlanke Neuauflage des Energiegesetzes (weiterhin Vorgaben zu Heizersatz, aber keine Eigenstromerzeugungspflicht mehr auf Neubauten), eine Solaroffensive und ein Zusatzkredit für das Förderprogramm Energie im Gebäudebereich.

Warum aber nimmt der Kanton die Hauptempfehlung zur Eigenstromerzeugungspflicht nicht auf? Energiedirektor Stephan Attiger sagte im Interview vor einigen Tagen: «Hauptpunkte der gescheiterten Vorlage waren Vorgaben

Solarpotenzial Aargau in Gigawattstunden (GWh)



Quelle: Infrac-Studie, EFH/Grafik: mop

zum Heizungsersatz und zur Eigenstromerzeugung bei Neubauten. Letzteres lassen wir fallen und setzen in diesem Bereich auf die Solaroffensive.» Weitere Informationen gibt es derzeit nicht, man sei am Ausarbeiten der Anhörungsvorlage. Der Grund dürfte aber darin liegen, so eine mehrheitsfähige Vorlage zu bekommen.

Das waren die Gründe für Energiegesetz-Nein

Die Grünen unterstützen die Vorschläge des Kantons, halten sie aber für völlig ungenügend. Ihr Spezialist im Grossen Rat, Jonas Fricker, betont die Wichtigkeit einer gesetzlichen Installationspflicht von Fotovoltaikanlagen im Gebäudebereich, so schnell wie möglich.

Eine Befragung des Zentrums für Demokratie Aarau

(ZDA) zeigt: 43 Prozent derjenigen, die das kantonale Energiegesetz im September 2020 abgelehnt haben, sagten Nein wegen einzelner Vorschriften wie dem Zwang zur Eigenstromerzeugung von Neubauten. Würde das Gesetz also wieder abgelehnt, falls der Kanton diese Vorschrift beibehalten sollte?

Grüne und GLP wollen griffigere Lösungen

Das sieht Grünen-Politiker Fricker nicht so. Nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes seien die Kantone bei den Gebäuden umso mehr in der Verantwortung für griffige Gesetze, sagt er. Ansonsten sei das Klimaziel «Netto-Null» bis 2050 und eine zukunftsfähige Stromversorgung mit beschränkter Auslandsabhängigkeit zusammen nicht erreichbar. Fricker: «Die Bevölkerung

ist sich dessen bewusst. Dies zeigen das wuchtige 62,6-Prozent-Ja zum Energiegesetz im Kanton Zürich am 28. November 2021 und das Verbot von Öl- und Gasheizungen im Kanton Glarus an der Landsgemeinde vom 5. September 2021; beide übrigens inklusive gesetzlicher Installationspflicht von Fotovoltaikanlagen.»

Für GLP-Fraktionschefin Barbara Portmann ist die Drei-Säulen-Lösung, die jetzt diskutiert wird, nicht «ein eigentlicher Kompromiss, sondern eine Minimallösung, diktiert von der FDP», und ungenügend. Die GLP werde Forderungen zur Verbesserung aufstellen, die ihres Erachtens mehrheitsfähig seien. Etwa ein fixes Abstelldatum für Stromheizungen (Widerstandsheizungen, Speicheröfen), sowie für Elektroboiler und ein fixes Datum, ab dem keine neuen Ölheizungen mehr installiert werden dürfen.

Diktat der FDP? «Eine absurde Behauptung»

Für FDP-Fraktionschef Silvan Hilfiker dagegen kann eine Eigenstromerzeugungspflicht nicht Teil der neuen Vorlage sein: «Diese war einer der Hauptgründe für die Ablehnung des Gesetzes im September 2020. Nehmen wir sie wieder rein, wäre das Gesetz erneut akut absturzfähig. Wir wollen aber rasch eine mehrheitsfähige Lösung, wie sie jetzt vorliegt.» Wenn man die noch verbessern könne, sei man gesprächsbereit. Man dürfe aber nicht zu viel reinpacken. Prüfwert wäre etwa ein Steuerabzug für eine neue PV-Anlage. Zum GLP-Vorwurf, die neue Vorlage sei ein FDP-«Diktat», schüttelt Hilfiker den Kopf: «Es ist eine absurde Behauptung, dass wir einen derart grossen Einfluss auf die Erarbeitung von Gesetzesvorlagen haben.»

60 Prozent mehr Museumsbesuche im Aargau fürs zweite Coronajahr

Museum Aargau zieht eine positive Jahresbilanz und startet zuversichtlich ins neue Jahr.

Rund 245 000 Besucherinnen und Besucher zählte das Museum Aargau im Jahr 2021 an seinen neun Standorten. Dies entspricht einer Zunahme von 60 Prozent gegenüber dem Coronajahr 2020, wie es in einer Mitteilung dazu heisst. Rund 100 000 der Besuchenden hätten zusätzlich ein Vermittlungsangebot genutzt oder öffentliche Veranstaltungen besucht.

Auf einer Million Quadratmeter Natur standen für einmal die Gärten der Standorte im Zentrum. So wurde beim Vindonissa Museum in Brugg ein einzigartiger römischer Garten rekonstruiert. Eine Audiotour bot die Möglichkeit, in die 2000-jährige Pflanzengeschichte Vindonissas einzutauchen.

In Zusammenarbeit mit dem Verein «Flowers to Arts» entstand auf Schloss Wildegge die

Ausstellung «Blumengeflüster», die über 7000 Besucherinnen und Besucher anlockte. Neun Meisterfloristinnen und -floristen hatten acht historische Räume mit floralen Kunstwerken interpretiert.

Für den europäischen Museumspreis nominiert

Das inzwischen schon weit über die Kantonsgrenzen hinaus bekannte Schloss Wildegge konnte die Jury als «Sprechendes Schloss» zu überzeugen. In über 30 Video-Porträts berichten ehemalige Schlossbewohnerinnen und -bewohner aus verschiedenen Zeiten über Ereignisse und Themen, wie etwa von der europäischen Agrarrevolution, der Französischen Revolution des 18. Jahrhunderts oder vom bewegten Leben der letzten Schlossherrin Julie von Effinger.

Dabei werden die Besuchenden in den verschiedenen Räumen direkt von den Porträtierten angesprochen. Auf diese Weise werde die Geschichte unmittelbar erlebbar, schreibt Museum Aargau.

Der renommierte Europäische Museumspreis EMYA zeichnet Museen für ihren Innovationsgrad in der Ausstellungs- und Vermittlungsarbeit aus und wird im Mai 2022 in Tartu (Estland) vergeben. Im Jahr 2020 wurde das Stapferhaus in Lenzburg mit dem Preis ausgezeichnet.

Von Frühling bis Herbst bot die Sonderausstellung «Von Menschen und Maschinen» einen Einblick in die Industriegeschichte des Kantons Aargau. Die Ausstellung war Teil des Themenjahres #ZeitsprungIndustrie von Netzwerk Industriewelt Aargau (NIWA). Museum

Aargau lancierte dazu die Buchreihe «Aargauer Industriegeschichten». Der von Manuela Cecilia verfasste erste Band widmet sich der Aarauer Firma F. Aeschbach, die unter dem Namen «Artotex» weltweit Teilknetmaschinen vertrieb.

1000 Düfte als erster Höhepunkt 2022

Das Museumsjahr wird am 1. April mit dem Thema «1000 Düfte» eröffnet. Ein Duftschloss, eine Duftbibliothek und ein Duftmobil werden den Besuchenden römische Duftsalben, mittelalterliche Wunderwasser oder raffinierte Düfte des Barocks näherbringen. Dazu gibt es Duftkonzerte und eine Sonderausstellung mit den Duftgeschichten ehemaliger Schlossbewohnerinnen und -bewohnern. (phh)

Wie die Aargauer Gemeinden bei Abstimmungen lagen

Eine AZ-Auswertung zeigt, wer bei den 13 nationalen Vorlagen 2021 wie oft mit der Mehrheit stimmte.

Datenanalyse Zu dreizehn eidgenössischen Abstimmungen sind die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger letztes Jahr gerufen worden. Und sie kamen in Scharen: Im Schnitt äusserten sich 57,9 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten zu den Vorlagen. Über ein Jahr gesehen ist das mehr als jemals zuvor seit 1971. Beigetragen zu diesem Rekord haben kontroverse Vorlagen wie die zwei Landwirtschafts-Initiativen, die zwei Referenden gegen das Covid-19-Gesetz oder das CO₂-Gesetz. Die Abstimmungskämpfe waren so heiss, dass viele Diskussionen sich um die Unterschiede im Lande drehten. Stichworte dazu: Stadt-Land-Graben und Spaltung der Gesellschaft.

Für die allermeisten Aargauer Gemeinden war 2021 aus direktdemokratischer Sicht jedoch ein erfolgreiches Jahr. Fast die Hälfte

der Gemeinden (100 von 210) haben sämtliche Abstimmungen gewonnen. Weitere 88 entschieden nur in einer oder zwei Abstimmungen anders als die Schweiz.

Auch jene Gemeinden, die im Aargau am häufigsten auf der Verliererseite standen, waren noch in weit mehr als der Hälfte der Abstimmungen gleicher Meinung wie das Schweizer Stimmbölkchen. Die meisten Niederlagen einstecken mussten die Gemeinden Leutwil, Schlossrued und Schmiedrued mit je fünf. Sie gewannen damit aber immer noch in mehr als 60 Prozent der Abstimmungen. Schweizweit am häufigsten verloren hat die Gemeinde Astano im Tessin: Die dortige Stimmbewölkerung war nur gerade fünfmal siegreich und verlor somit achtmal.

Mehr Details zu den Gemeinden finden Sie auf aargauer-zeitung.ch/az